

Beschluss (vorläufig) Kapitel 3: Fortschritt gestalten

Gremium: Bundesdelegiertenkonferenz
Beschlussdatum: 22.11.2020
Tagesordnungspunkt: GSP-F Fortschritt gestalten

Antragstext

1 **Kapitel 3: Fortschritt gestalten**

2 **Wissenschaft und Forschung**

3 (138) Im Zentrum allen Fortschritts steht der Mensch in seiner Würde und Freiheit. Der
4 wissenschaftliche, technologische und gesellschaftliche Wandel muss so gestaltet
5 werden,
6 dass er Mensch und Umwelt nützt.

7 Wissenschaft und Forschung

8 (139) Freie Wissenschaft und freie Forschung schaffen Zukunft, indem sie einen
9 unverzichtbaren Beitrag zur vernunftgeleiteten Verständigung der Menschheit über
10 gemeinsame

11 Herausforderungen leisten. Vielfalt an Wissen und Zugängen ermöglicht
12 zukunftsstaugliche

13 Lösungen bei Krisen. Frei denken und experimentieren, auch ohne unmittelbaren
14 Verwertungszweck, ist Basis für neue Ideen und Kreativität. Forschungs- und
15 Erfindungsgeist

16 helfen, Transformationen zu gestalten. Sie können nur in Freiheit gedeihen und
17 genießen zu

18 Recht besonderen Schutz, nicht zuletzt vor staatlichen Eingriffen. Forschung ist offen
19 für

20 die Beteiligung der Gesellschaft im Sinne einer Bürger*innen-Wissenschaft (Citizen
21 Science).

22 (140) Forschungsergebnisse auf der Basis von freiem Denken und Experimentieren sind
23 zunächst

24 Möglichkeiten – mit Vor- und Nachteilen. Sie bieten gesellschaftliche Chancen, tragen
25 aber

26 auch das Risiko, missbraucht zu werden. Demokratische Politik schützt die
27 Unabhängigkeit und

28 Freiheit von Wissenschaft und Forschung. Das beinhaltet die Freiheit, an bestimmten
29 Entwicklungen nicht weiterzuarbeiten, wenn sie gegen ethische Grundprinzipien
30 verstoßen.

31 Politik gestaltet nach dem Vorsorgeprinzip und am Gemeinwohl orientiert Leitplanken
32 für die

33 Nutzung und Anwendung. Die zivile Ausrichtung von Wissenschaft ist zentral.

34 (141) Mithilfe der Wissenschaft kann unsere Gesellschaft die vor uns liegenden
35 Herausforderungen in Angriff nehmen, wie etwa die Wasserknappheit oder die
36 Klimakrise.

37 Wissenschaftlich-technologischer Fortschritt hat menschliches Leben fundamental
38 verbessert.

26 Er hat aber auch zu vielen globalen Krisen beigetragen und ist zugleich ein Weg, sie zu
27 lösen.

28 (142) Um qualifiziert abwägen und entscheiden zu können, braucht es Forschung.
Forschung an
29 Technologien braucht auch die Forschung zu ihren Risiken und Auswirkungen. Ethische
Fragen
30 müssen in der Wissenschaft und mit der Gesellschaft diskutiert und demokratisch
verhandelt
31 werden. Gute Politik orientiert sich an nachprüfbaren Fakten und wissenschaftlichen
32 Erkenntnissen. Wissenschaft kann Politik jedoch nicht ersetzen.

33 (143) Gerade die freie, auf Neugier und Erkenntnis gerichtete Grundlagenforschung ist
neben
34 der Anwendungsforschung zur Bewältigung großer gesellschaftlicher
Herausforderungen
35 ausreichend abzusichern. Wir brauchen eine Vielzahl von Alternativen und können
angesichts
36 der vielfältigen Krisen in der Welt keine Möglichkeit, sie zu bewältigen, von vornherein
37 ausschließen. Entsprechend brauchen wir mehr und strukturell gut ausfinanzierte
38 Grundlagenforschung innerhalb eines starken, weltoffenen und global vernetzten
europäischen
39 Forschungs- und Hochschulraums, der Freiheit und Unabhängigkeit sichert.

40 (144) Grundlage für das gesellschaftliche Vertrauen in Wissenschaft sind hohe
Standards
41 wissenschaftlicher Arbeit sowie ein Grundwissen über wissenschaftliche
Herangehensweisen.
42 Die Etablierung methodischer Standards und Überprüfung wissenschaftlicher
Ergebnisse obliegt
43 der Gemeinschaft der Wissenschaftler*innen. Forschung muss sich immer auch kritisch
44 reflektieren, in allen Disziplinen Machtverhältnisse hinterfragen und vielfältig in der
Wahl
45 von Methoden, Theorien und Arbeitsweisen sein. Darüber hinaus sind der freie
46 Informationsaustausch zwischen Wissenschaft und Gesellschaft, die Überprüfbarkeit
von
47 Interessenskonflikten sowie der öffentliche Zugang zu Forschungsergebnissen und
48 Datengrundlagen Grundprinzipien einer demokratischen Wissenschaft. Öffentliche
Regulierung,
49 beispielsweise der Zulassung neuartiger Technologien oder Präparate, legitimiert sich
durch
50 demokratische Prozesse.

51 (145) Eine freie, auskömmlich öffentlich finanzierte Wissenschaft muss auch der
Gesellschaft
52 mit Offenheit gegenüberstehen. Deswegen braucht es Transparenz darüber, wie
Forschung
53 finanziert wird, welche Projekte und Themen beforscht werden. Forschungsförderung
zielt auf
54 Erkenntnisgewinn. Öffentlich finanzierte Forschungsergebnisse müssen der Gesellschaft
im
55 Sinne der Open Science zugänglich gemacht werden.

- 56 (146) Hochschulen und Forschungseinrichtungen sind als unabhängige öffentliche
Einrichtungen
57 auch für das Entstehen sozialer und technologischer Innovationen unabdingbar. Das
58 funktioniert nur mit einer auskömmlichen Grundfinanzierung der Wissenschaft, die eine
59 Unabhängigkeit von Drittmittelfinanzierung und somit freie Bildung und Forschung aus
60 Neugierde ermöglicht. Die Verzahnung von Lehre, Wissenschaft und Gesellschaft sichert
ihren
61 Bildungsauftrag, der sich am Gemeinwohl orientiert.
- 62 (147) Hochschulen waren und sind ein Ort der kritischen Selbstreflexion unserer
63 Gesellschaft. Wissenschaft analysiert gesellschaftliche Veränderungen, erkennt
frühzeitig
64 politische Umbrüche und diskutiert sie. In einer komplexer werdenden Welt gewinnen
Geistes-
65 und Sozialwissenschaften sowie ihre interdisziplinäre Verzahnung mit den Ingenieurs-
und
66 Naturwissenschaften an Bedeutung, ebenso plurale Ansätze innerhalb der Disziplinen.
- 67 (148) Wissenschaftler*innen und Studierende brauchen zeitliche und inhaltliche
Freiräume, um
68 aus dem Studium mehr mitzunehmen als nur berufsbezogenes Wissen. Bildung dient
zuallererst
69 der menschlichen Entfaltung. Das Studium soll frei, partizipativ und grundsätzlich für
alle
70 gebührenfrei sein. Studieren muss unabhängig von Alter, Geschlecht, Behinderung,
Lebenslagen
71 sowie unabhängig von sozialer und geographischer Herkunft möglich sein. Das Studium
muss
72 diskriminierungsfrei, familien- und gendergerecht sein. Nachhaltig finanzierte
73 Studierendenwerke sichern ein hürdenfreies Studium. Forschung braucht Vielfalt an
Talenten.
- 74
- 75 (148-2) Personengruppen und Perspektiven, die bislang im Wissenschaftssystem
76 unterrepräsentiert sind, sollen gezielt eingebunden und gefördert werden. Eine
demokratische
77 Hochschulkultur braucht eine starke Selbstverwaltung und die gleichberechtigte
Teilhabe und
78 Mitbestimmung aller Statusgruppen. Dafür bedarf es verfasster Studierendenschaften
und einer
79 ausgeglichenen Besetzung aller Hochschulgremien. Sozial verträgliche
Arbeitsbedingungen und
80 verlässliche Beschäftigung sind die Grundlage, damit
(Nachwuchs-)Wissenschaftler*innen frei
81 und ohne Selbstausbeutung forschen und lehren können.
- 82
- 83 (149 neu) Die Menschheit gewinnt durch Raumfahrt Erkenntnisse über die
fundamentalen Fragen
84 des Universums und unseren Planeten, mehr Verständnis für globale Probleme sowie
85 technologische Innovationen. Daher soll Europa den Zukunftssektor Raumfahrt stärken,
86 internationale Wissenschaftskooperationen vorantreiben, seinen unabhängigen Zugang
zum All
87 erhalten und am Astronaut*innen-Programm festhalten. Der Weltraum darf

ausschließlich

88 friedlich und zum gemeinsamen Wohle der Menschheit erkundet und genutzt werden.

Dazu bedarf

89 es eines neuen internationalen Rechtsrahmens, der auch private Akteure klarer
regulieren

90 muss.

91 **Bioethik**

92 (149) Im medizinischen Bereich stellen sich ethische Fragen nach den Grenzen des
Handelns

93 ganz besonders. Vor allem dort, wo durch Veränderungen des Erbguts auch das Leben
künftiger

94 Generationen betroffen ist. Eingriffe in die menschliche Keimbahn müssen
ausgeschlossen und

95 der strenge Embryonenschutz, der bereits eine Selektion von Embryonen ausschließt,
muss

96 beibehalten werden.

97 (150) In der Medizin braucht es eine vorausschauende Ethik mit klaren Kriterien:

98 Menschenwürde, Freiheit und Selbstbestimmung sowie Verantwortung gegenüber den
nachfolgenden

99 Generationen. Vorausschauend können zum Beispiel Moratorien sein, um ethische
Grenzfragen

100 genauer beurteilen sowie Risiken, Gefahren und Auswirkungen auf künftige
Generationen

101 exakter abschätzen zu können oder Forschungen auch gar nicht durchzuführen. Das
Klonen von

102 Menschen ist auszuschließen. Tierversuche müssen konsequent reduziert und
überflüssig

103 gemacht werden.

104 (151) Menschen sollen selbstbestimmt Entscheidungen über ihren Körper und ihr Leben
treffen

105 können. Voraussetzung dafür ist eine umfassende Information, damit Vor- und Nachteile

106 abgewogen werden können.

107 (152) Reproduktionsmedizin kann die Möglichkeiten zur selbstbestimmten Elternschaft,

108 insbesondere für kinderlose, für queere, inter und trans Personen mit Kinderwunsch,

109 erweitern. Neue Möglichkeiten erfordern Abwägungen, welche Methoden medizinisch
und ethisch

110 vertretbar sind. Die Reproduktionsmedizin hat Grenzen, wo sie die Gesundheit der
Betroffenen

111 oder Dritter schädigt. Der Zugang muss diskriminierungsfrei sein. Frauen, aber auch
inter

112 und trans Personen, müssen frei von patriarchaler Bevormundung und ökonomischem
Druck

113 entscheiden können, ob und welche Möglichkeiten sie in Anspruch nehmen. Alle Kinder

114 benötigen einen klaren Rechtsstatus. Das Persönlichkeitsrecht auf Wissen der eigenen

115 Abstammung muss für alle Kinder gewahrt werden.

116 (153)

117 In Medizin und biotechnologischen Anwendungen konnten durch die Gentechnik
wichtige
118 Fortschritte erzielt werden, während im Agrarbereich ihre Anwendung zu neuen
Problemen
119 geführt hat. Wie bei jeder Technologie muss der politische Kompass zum Umgang mit
alten wie
120 neuen gentechnischen Verfahren sein, einerseits die Freiheit der Forschung zu
gewährleisten
121 und andererseits bei der Anwendung Gefahren für Mensch und Umwelt auszuschließen.
Nicht die
122 Technologie, sondern ihre Chancen, Risiken und Folgen stehen im Zentrum. Es gilt
daher, an
123 einem strengen Zulassungsverfahren und am europäisch verankerten Vorsorgeprinzip
124 festzuhalten. Dazu bleiben Risikoprüfungen auf umfassender wissenschaftlicher Basis
und eine
125 Regulierung nötig, die unkontrollierbare Verbreitung ausschließen und über eine
verbindliche
126 Kennzeichnung die gentechnikfreie Produktion und die Wahlfreiheit der
Verbraucher*innen
127 schützen. Entsprechend braucht es eine Stärkung der Risiko- und Nachweisforschung.
Gerade im
128 Agrarbereich soll die Forschung zu alternativen Ansätzen, die auf traditionelle und
129 ökologische Züchtungsverfahren setzen, gestärkt werden.

130 **Digitalisierung**

131 (154) Die transformative Kraft der Digitalisierung ist ein großes gesellschaftliches
132 Versprechen. Sie ermöglicht Schlüsseltechnologien, die Wissenschaft voranbringen,
Ressourcen
133 einsparen, das Gesundheitssystem unterstützen und den Verkehr effizienter lenken.
Politik
134 hat die Aufgabe, die digitale Zukunft durch wertegeleitete Regulierung, Anreize und
gezielte
135 Förderung so zu gestalten, dass sie unseren gesellschaftlichen Werten und Rechten
136 entspricht. Ziel dabei ist es, Grundrechte zu verteidigen, die sozial-ökologische
137 Transformation voranzutreiben, den sozialen Zusammenhalt und die demokratische,
kulturelle,
138 materielle und barrierefreie Teilhabe möglichst aller Menschen zu gewährleisten,
139 insbesondere im Sinne nachfolgender Generationen. Digitalisierung ist konsequent an
140 Nachhaltigkeit auszurichten und so zu gestalten, dass sie Freiheit und
Selbstbestimmung
141 stärkt statt sie einzugrenzen. Voraussetzung dafür ist, die offene und demokratische
142 Diskussionskultur auch online zu wahren, eine zunehmende Militarisierung ziviler
143 Infrastrukturen zu verhindern und einem nur von wirtschaftlichen Interessen
dominierten
144 Internet entgegenzutreten. Eine selbstbestimmte digitale Zukunft ist nur möglich durch
den
145 Aufbau notwendiger Expertise und deren Sicherung in einer engen europäischen und
146 internationalen Kooperation von Wissenschaft, Wirtschaft, öffentlichen Stellen und
147 Zivilgesellschaft.
148
149 (155) Ein Mensch ohne Privatsphäre ist niemals frei. Transparenz, Nachvollziehbarkeit

und
150 Nichtdiskriminierung bei der Verarbeitung von Daten sind sicherzustellen, sowohl beim
Staat
151 als auch privaten Akteuren. Daten- und Menschenrechtsschutz, die informationelle
152 Selbstbestimmung, die informationstechnische Integrität und Sicherheit gilt es,
entschlossen
153 zu verteidigen und auszubauen. Die Verantwortung dafür darf nicht allein auf das
Individuum
154 abgeschoben werden. Entsprechend sind kollektive Schutz- und Abwehrrechte sowie
die digitale
155 Souveränität zu stärken. Digitale Angebote anonym nutzen zu können, erfüllt eine
wichtige
156 Schutzfunktion und ist zugleich Ausdruck digitaler Freiheit und Selbstbestimmung,
157 insbesondere für vulnerable Gruppen.
158
159 (156) Offenheit muss ein Leitprinzip für den digitalen Wandel sein. Die Verfügbarkeit
von
160 Daten ist durch europäische, datenschutzkonforme, dezentrale und kooperative
Datenökosysteme
161 zu ermöglichen und zu fördern. Sie sind beispielsweise Grundlage für intelligente
Medizin,
162 vernetzte Mobilität und eine diverse Digitalwirtschaft. Übermäßige Datenmacht und
sich
163 selbst verstärkende Datenmonopole sind zu verhindern und aufzubrechen. Offene
Daten, offene
164 Software, offene Standards und offene Schnittstellen müssen politisch gefördert werden
und
165 Standard sein, wenn öffentliche Gelder aufgewendet werden.
166
167 (157) Jeder Mensch hat ein Recht, sich frei zu informieren und zu kommunizieren, sowie
auf
168 einen offenen und schnellen Zugang zum Internet. Statt digitaler Schranken entlang
169 nationaler Grenzen, muss der online-gestützte grenzüberschreitende Austausch
gewährleistet
170 werden. Die digitale Transformation kann allen Individuen mehr Macht verleihen. Große
Teile
171 gesellschaftlicher Willensbildung und der dafür notwendigen Debatten spielen sich
inzwischen
172 digital ab, einhergehend mit weitaus größeren Beteiligungsmöglichkeiten. Diese
Potentiale
173 müssen besser für demokratische Prozesse nutzbar gemacht und vor Manipulationen
und
174 Desinformation geschützt werden. Aufgrund niedrigschwelliger Eingriffsmöglichkeiten
für
175 Unternehmen und staatliche Stellen, benötigen digitale Räume einen besonderen
Schutz.
176 (158) Übermäßige Datenmacht und Datenmonopole gilt es zu verhindern und
aufzubrechen.
177 Unternehmen und Behörden, die über viele Daten verfügen, müssen ihre Daten
außerhalb von
178 B2B- oder Industriepattformen der Allgemeinheit anonymisiert zur Verfügung stellen.

Open

179 Source, Open Data und höchste Daten- und Verbraucher*innen-Schutz-Standards sind
die
180 europäische Antwort, um einer unkontrollierten Datenmacht von Staaten wie von
Unternehmen
181 entgegenzuwirken.

182 (159) Datenverarbeitende und selbstlernende Systeme haben das Potential, neues
Wissen zu
183 generieren und so nachhaltigeres Handeln zu ermöglichen. Sie greifen aber auch teils
direkt
184 in die Lebenswelt der Menschen ein und treffen eigene Entscheidungen. Deshalb
braucht es für
185 diese Systeme klare, abgestufte Regeln zur Nachvollziehbarkeit, zum Datenschutz und
zur
186 Datenqualität um Kontrolle und Haftung zu ermöglichen.

187 (160) Ethisch-normative Prinzipien dürfen nur von Menschen aufgestellt werden.
188 Automatisierte Entscheidungen müssen von natürlichen oder juristischen Personen
verantwortet
189 werden. Entscheidungen über Leben und Tod dürfen nur von Menschen getroffen
werden, nicht
190 von Maschinen und Algorithmen. Algorithmen können dabei helfen, Entscheidungen
ohne
191 Vorurteile zu treffen. Es braucht gesetzliche Regelungen und Rahmenbedingungen,
damit sie
192 bestehende Vorurteile nicht verstärken sondern aktiv zu deren Abbau beitragen.

193
194 (160a) Digitalisierung verändert die Prozesse in den Unternehmen. Das hat
Auswirkungen auf
195 die Arbeit im Betrieb, auf Tätigkeitsinhalte, Qualifikationsanforderungen und
196 Arbeitsorganisation der Beschäftigten. Es gilt die Potenziale für gute Arbeit zu nutzen,
197 indem die Mitbestimmung gestärkt wird. Ziel ist, die Digitalisierung sozial zu gestalten,
198 damit die Wirtschaft und auch die Beschäftigten davon profitieren.

199 (161) Frauen sollen die digitale Welt gleichberechtigt mitgestalten.. Diversität ist
200 entscheidend für Innovation und Fairness. Es gilt, geschlechtsspezifische Stereotype
sowie
201 von männlichen Erwerbsmodellen dominierte Machtstrukturen und Arbeitsformen in
den
202 Digitalunternehmen aufzubrechen, damit Frauen sich deutlich stärker in der
Digitalwirtschaft
203 etablieren und Vorbilder sein können. Dabei spielt auch das Bildungssystem eine
204 entscheidende Rolle.

205 (162) Kinder, Heranwachsende, benachteiligte und verletzte Menschen benötigen in
der
206 digitalen Welt speziellen Schutz. Ihre selbstbestimmte Teilhabe an der digitalen Welt ist
zu
207 fördern und ihr Zugang zu elementaren digitalen Gütern und Dienstleistungen zu
208 gewährleisten.

209 (163) In einer global verflochtenen Welt ermöglichen technologische Offenheit und
210 Kooperation Fortschritt für das Gemeinwohl. Damit sich Europas Bürger*innen in dieser
Welt
211 mündig, aufgeklärt und damit selbstbestimmt bewegen können, braucht es eine
größere
212 technologische Souveränität der Europäischen Union, basierend auf hohen Standards
der
213 Sicherheit, der Resilienz und des Datenschutzes. Dies ist der Gegenentwurf sowohl zum

214 ungezähmten Datenkapitalismus als auch zu autoritär gelenkter staatlicher
Überwachung.
215 . In einer Wertesystemkonkurrenz zwischen einem regulierten kapitalistischen und
einem
216 autoritär gelenkten Fortschritt geht es um eine größere technologische Souveränität
Europas,
217 damit sich Europas Bürger*innen auch in einer technisierten Welt mündig, aufgeklärt
und
218 damit selbstbestimmt bewegen können. Das gilt insbesondere für die kritische
Infrastruktur.
219 Zentrale Technologien soll Europa mit seinen Werten mitgestalten. Es braucht daher
eine
220 starke europäische Vernetzung von Spitzenforscher*innen, damit Europa nicht von
wesentlichen
221 Zukunftstechnologien abgehängt wird. Digitales Aufrüsten und die Militarisierung ziviler

222 Infrastrukturen muss durch ein entschlossenes internationales Vorgehen verhindert
werden.

223 (164) Der Innovationsstandort Europa soll im globalen Kontext gestärkt und
ausreichend
224 finanziert werden. Das umfasst die stärkere Förderung offener Hard- und Software
sowie
225 offener Standards. Dem Gedanken der Demokratie widersprechen Akkumulationen von
Märkten, aus
226 denen weltweit agierende Konzerne hervorgehen, die mächtiger sind als Staaten.